

# VerbandExtra: Noch mehr Aktuelles im April 2010

## 1. Kreditmediationsverfahren

Seit dem 01.04.2010 können von den Unternehmen, deren Kreditwunsch von den Hausbanken schriftlich abgelehnt wurde, Anträge auf Einleitung eines Kreditmediationsverfahrens an den Kreditmediator gestellt werden. Weitere Informationen zum neuen Kreditmediationsverfahren finden Sie im beigefügten Anhang sowie auf der Internetseite [www.kreditmediator-deutschland.de](http://www.kreditmediator-deutschland.de).

Für telefonische Auskünfte steht die **Hotline des Kreditmediators unter 069 / 244 346 888** zur Verfügung. Die Hotline ist Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 20:00 Uhr und Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr erreichbar.

## 2. Wir fordern: Sonderausgabenzug für Steuerberatungskosten im JStG 2010

Mit Urteil vom 4. Februar 2010 (Az. X R 10/08) hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass private Steuerberatungskosten aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht als Sonderausgaben die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer mindern müssen.

Zutreffend legt das Gericht in seiner Entscheidung dar, dass die Einschaltung von Steuerberatern bei der Erfüllung von Steuererklärungspflichten ein wichtiger Umstand zur reibungslosen Erhebung von Abgaben ist, die auch dem Staat zu Gute kommt. Zwar gebietet es das Grundgesetz nach Auffassung der Münchner Richter nicht, dass die hierfür beim Bürger angefallenen Kosten steuermindernd zu berücksichtigen sind. Dennoch hindert dies den Gesetzgeber aufgrund seines auch vom Bundesverfassungsgericht immer wieder betonten weiten Gestaltungsspielraums nicht, diese sinnvolle Regelung zu erlassen. Die Verfassung gibt lediglich den äußeren Rahmen vor, den es vom Parlament auszufüllen gilt.

Der DStV hat daher die Abgeordneten aufgerufen, noch im Jahressteuergesetz 2010 eine folgerichtige Entscheidung zu treffen und die Abzugsfähigkeit von privaten Steuerberatungskosten als Sonderausgaben wieder einzuführen. Hiermit kommt die Regierung ihrem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nach. Darüber hinaus findet dieses Vorhaben auch die Unterstützung der Abgeordneten der Fraktionen, wie diese dem DStV im Rahmen einer Unterschriftenaktion im vergangenen Jahr signalisiert haben.

## 3. BMF signalisiert: Diese Forderung soll umgesetzt werden

Nachdem die schwarz-gelbe Regierung die Wiedereinführung der Abzugsfähigkeit privater Steuerberatungskosten im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, kündigt das Bundesministerium der Finanzen (BMF) die Umsetzung dieser Zusage an: "Im Jahressteuergesetz 2010 wird das zwar noch nicht klappen, aber wir sind uns dieses Auftrags aus dem Koalitionsvertrag bewusst und werden ihn erfüllen." (Sprecher des BMF, Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 15.4.2010 als Reaktion auf die Pressemitteilung des DStV vom 14.4.2010)

Dieses Versprechen aus dem Fachministerium ist ein weiterer wichtiger Schritt. Ungeachtet der Erfolge in dieser Sache wird der DStV anlässlich seiner Stellungnahme zum Jahressteuergesetz 2010 nochmals nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Sonderausgabenabzugs hinweisen und eine Einführung noch in diesem Jahr einfordern.

#### **4. Neue Informationspflichten nach der DL-InfoV und Telemediengesetz**

U.a. in den StB-direkt Newslettern vom 12.4.2010 und vom 4.3.2010 ist wie in vielen anderen Fachmedien auf die neuen auch für Steuerberater relevanten Informationspflichten hingewiesen worden.

Hinsichtlich der dort enthaltenen Informationsverpflichtung

- über die USt-ID-Nummer
- zur Berufshaftpflichtversicherung, insbesondere Name und Anschrift des Versicherers
- Verwendete Allgemeine Geschäftsbedingungen
- Verwendete Vertragsklauseln u.a.

ist es **nicht erforderlich, diese auf dem Briefpapier oder der Homepage zu veröffentlichen.**

§ 3 Abs. 2 DL-InfoV lautet (Hervorhebung von uns):

"(2) Der Dienstleistungserbringer hat die in Absatz 1 genannten Informationen **wahlweise**

1. dem Dienstleistungsempfänger von sich aus mitzuteilen,
2. **am Ort der Leistungserbringung oder des Vertragsschlusses so vorzuhalten, dass sie dem Dienstleistungsempfänger leicht zugänglich sind,**
3. dem Dienstleistungsempfänger über eine von ihm angegebene Adresse elektronisch leicht zugänglich zu machen oder
4. in alle von ihm dem Dienstleistungsempfänger zur Verfügung gestellten ausführlichen Informationsunterlagen über die angebotene Dienstleistung aufzunehmen.

#### **5. Steuerliche Behandlung von Aufwendungen für ein Erststudium: Verfahren vor dem BFH - Zwangsrufe nun möglich!**

Die Frage, ob typische Erststudienkosten, also direkt im Anschluss nach dem Abitur, dem Wehrdienst, dem Zivildienst oder einem sozialen Jahr als vorweggenommene Werbungskosten abzugsfähig sind, ist nun vor dem BFH anhängig: Das Verfahren hat das Aktenzeichen **VI R 7/10**; Vorinstanz war das FG Münster (Az. 11 K 4489/09 F)

#### **6. BFH bestätigt: Fachberaterbezeichnungen (DStV e.V.) dürfen von Steuerberatern geführt werden**

Die Fachberaterbezeichnungen des Deutschen Steuerberaterverbandes (DStV) dürfen von Steuerberatern werbend verwendet werden, sofern dies nicht im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang mit der Berufsbezeichnung „Steuerberater“ geschieht. Dies hat der Bundesfinanzhof in einer aktuellen Entscheidung vom 23.2.2010 (Az. VII R 24/09) für die Bezeichnung „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“ bestätigt und ist damit der Vorinstanz FG Rheinland-Pfalz (Urteil vom 12.11.2008, 2 K 1569/08) gefolgt. Der DStV begrüßt die Entscheidung des BFH ausdrücklich, da sie die Zulässigkeit von privat rechtlich verliehenen Fachberaterbezeichnungen für Steuerberater bestätigt und damit die Wettbewerbsfähigkeit des steuerberatenden Berufs stärkt.

Weitere Informationen zum Fachberaterkonzept des DStV sowie praktische Hinweise zur Gestaltung von Briefbögen und Visitenkarten sind im Internet unter **www.dstv.de** in der Rubrik „Für-die-Praxis/Fachberater“ abrufbar.